



ZUR PERSON

Leo Radloff studiert Rechtswissenschaften an der Universität Potsdam und gründete während seines Studiums ein Start-up, das er inzwischen erfolgreich verkauft hat. Seit 2023 ist er Referent für Finanzen und Verkehr im Allgemeinen Studierenausschuss (AStA) der Universität Potsdam und Mitglied des Vorstandes. Radloff war FDP-Mitglied, ist dort ausgetreten und nun SPD-Mitglied.

Als ich vor ein paar Tagen als Vorstandsmitglied der Studierendenvertretung an der Uni Potsdam in einer Sitzung des Studierendenparlaments saß, umringt von Polizeibeamten, war das ein Moment, der mich innewahnt ließ. Morddrohungen, Sabotage, kollektive Krankmeldungen und schließlich die fristlose Kündigung fast aller Beschäftigten der Studierendenschaft - all das hatte sich über Monate hinweg zugespielt.

Es war der Tiefpunkt einer Entwicklung, die mit der Idee begann, den Allgemeinen Studierendausschuss (AStA) der Universität Potsdam gemeinsam zu modernisieren und zukunftsfähig zu machen. Was ich nicht erwartet hatte: auf welche grundlegenden rechtlichen Probleme und auf welchen Widerstand ich insbesondere bei denen stößen würde, die von den alten, rechtswidrigen Strukturen profitierten.

Dieser Konflikt zeigt ein grundlegendes Problem, das weit über den AStA hinausgeht: Was passiert, wenn Veränderungen auf - vornehmlich zum Vorteil weniger - eingefahrene Strukturen treffen? Ob in vergleichsweise kleinen Gremien wie einer studentischen Selbstverwaltung oder auf politischer Ebene - immer wieder erleben wir, wie Reformer blockiert werden, nicht weil sie schlecht, sondern weil sie unbequem sind. Veränderung bedeutet Arbeit, bedeutet Loslassen von Altbewährtem, bedeutet Unsicherheit. Doch was passiert, wenn der Status quo wichtiger wird als die Lösung von Problemen?

Unsere Wahl in den AStA war begleitet von einer klaren Vision: veraltete Strukturen modernisieren, Prozesse beschleunigen und die Bedürfnisse aller Studierenden in den Fokus rücken. Doch schon bald stießen wir auf Widerstände. Einige Mitarbeitende, die über Jahrzehnte hinweg im AStA tätig waren, sahen in den Reformen eine Bedrohung: „Das haben wir so aufgebaut, das ändert jetzt keiner.“

Auswirkungen der Eskalation

Es folgte ein interner Machtkampf. Chatgruppen wurden gegründet, in denen Sabotageaktionen gegen den Arbeitgeber geplant wurden. Missstände wurden instrumentalisiert, anstatt sie offen anzusprechen. Kollektive Krankmeldungen wurden als Streikmaßnahme genutzt, während massiver Arbeitszeitbetrag ans Licht kam - alles auf Kosten der Studierenden. Uns wurden Dokumente zugespielt, in denen Pläne geschmiedet wurden, um unsere Arbeit zu untergraben. Es wurden Kampagnen erstellt und über sämtliche Kanäle falsche Informationen verbreitet. In einem besonders gravierenden Fall wurden Server manipuliert - alles, um unsere Arbeit zu vereiteln. Die Folgen für die Studierenden waren den jeweiligen Agierenden scheinbar egal. Gespräche mit den Betroffenen blieben erfolglos, und so blieb uns keine andere Wahl, als 13 von 16 Mitarbeitenden zu kündigen.

Die Auswirkungen dieser Eskalation spüren vor allem die Studierenden. In einem System, das seit Jahren längst überlastet war, blieben Anträge unbearbeitet und Projekte stecken; Beschwerden, warum beim AStA keiner arbeitet, waren an der Tagessordnung. Besonders hart trifft es diejenigen, die auf schnelle Hilfe angewiesen sind.

Ein Beispiel vor wenigen Monaten hat mich besonders bewegt: Ein ausländischer

Student schrieb mir, dass er exmatrikuliert wurde, weil er seinen Semesterbeitrag nicht rechtzeitig zahlen konnte. Der Grund? Sein neuer Arbeitgeber zahlte sein Gehalt erst zwei Tage nach Ablauf der Rückmeldefrist. Seine Eltern hatten alles Ersparte investiert, um ihm ein Studium in Deutschland zu ermöglichen, und nun war nicht nur sein Studienplatz, sondern auch seine Aufenthaltsgenehmigung in Gefahr. Dieser Fall macht deutlich, dass es nicht nur um Verwaltungsverschriften oder Antragsverfahren geht, sondern um menschliche Existenzien.

Nach den Kündigungen stehen wir vor der Aufgabe, den AStA neu aufzubauen. Doch diese Krise birgt auch eine Chance: Wir können grundlegende Reformen anstreben. Weg von starren Abteilungen, hin zu Strukturen, die auf die Bedürfnisse der Studierenden reagieren. Zu dieser Aufgabe gehört auch und im Besonderen, der bisherigen Verschwendungen der Studierenden gelder Einhalt zu geben.

Ein Beispiel zeigt, wie absurd die aktuellen Strukturen sind - und wie sie symbolisch für viele deutsche Behörden stehen:

kommt Post von der Datenschutzbehörde, die fragt, ob das Formular sicher genug sei und ob ich nicht mit internationalen Konzernen wie Microsoft oder Google bessere Datenschutzverträge abschließen könnte.

Kein digitales System, keine automatisierte Bearbeitung, keine Transparenz. Stattdessen ein Prozess, der nicht nur Zeit und Ressourcen verschwendet, sondern auch die Nerven aller Beteiligten strapaziert. Es überrascht kaum noch jemanden, dass es teilweise Monate dauert, einen Termin beim Bürgeramt zu bekommen, wenn Behörden auf diese Weise arbeiten.

Unser Ziel ist es, solche Prozesse komplett neu zu denken. Moderne Systeme könnten diese Aufgaben nicht nur schneller und verlässlicher abwickeln, sie würden auch Mitarbeitende entlasten, die sich dann auf das konzentrieren können, was wirklich zählt: individuelle Beratung, kreative Lösungsansätze und die Weiterentwicklung studentischer Projekte.

Diese Vision reicht über die Universität hinaus: Sie zeigt, wie öffentliche Institutionen effektiver arbeiten könnten, wenn sie sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, statt sich in bürokratischen Prozessen zu verlieren. Wir reduzieren menschliche Bedürfnisse, die oft auf Verwaltungsprozesse, Antragsformulare und „Vorgänge“.

Die Herausforderungen, die wir im AStA erleben, spiegeln größere Probleme in Deutschland wider. Viel zu oft scheitern Reformen an der Angst vor Fehlern, endlosen Debatten und der Bedenkenträger-Mentalität.

Während Studierende längst KI-Modelle nutzen, um ihre Hausarbeiten zu schreiben oder Lernpläne zu erstellen, diskutieren Behörden immer noch darüber, ob Cloud-Dienste sicher seien.

Dieses Umdenken braucht Mut

Doch wir müssen umdenken. Die Frage darf nicht lauten, ob wir neue Technologien nutzen, sondern *wie* wir sie bestmöglich einsetzen können. Dieses Umdenken braucht Mut - und den Willen, Fehler als Teil des Fortschritts zu akzeptieren.

Am Ende geht es um mehr als Prozesse und Strukturen. Es geht darum, wie wir miteinander umgehen. Demokratie lebt von Ehrenamt und Engagement - auch an den Universitäten. Doch dieses Engagement wird oft durch Anfeindungen, Hetze und eine vergiftete Diskussionskultur erstickt.

Es darf nicht passieren, dass demokratische Prozesse aufgrund einseitiger Interessen und mit dem Ziel des Erhalts persönlicher Komfortzonen mit Bedrohungen konfrontiert werden.

Was ich aus den letzten Monaten gelernt habe, ist klar: Veränderung ist unbekannt, sie macht Fehler sichtbar, provoziert Widerstand und führt zu Konflikten. Aber sie ist notwendig. Wenn wir unsere Strukturen nicht hinterfragen, werden sie uns irgendwann einholen.

Lassen Sie uns den Mut aufbringen, über Lösungen zu streiten, ohne auf persönliche Angriffe oder Moralisierungen zurückzugreifen. Lassen Sie uns Demokratie als etwas sehen, das aktiv gestaltet werden muss - an Universitäten, in Kommunen und in der Politik. Denn nur so schaffen wir eine Zukunft, die den Menschen dient - und nicht den Systemen.

Welche Zukunft wollen wir?

Eigentlich sollte der AStA der Uni Potsdam modernisiert werden. Doch was passiert, wenn der Status quo wichtiger wird, als Probleme zu lösen? Ein Lehrstück über die Verwaltung in Deutschland

LEO RADLOFF



„Störfeuer“ ist die Rubrik für hitzige Debatten. Wir bringen Persönlichkeiten zum Sprechen, die dem Zeitgeist die Leviten lesen. Kontrovers und kritisch.